

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend

6. Juni 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Der Krieg im Hause Stinnes.

Hugo jun. gegen Edmund. - Planmäßige Vertuschung.

In unserem Morgenblatt haben wir die offiziöse Darstellung mitgeteilt, die Hugo Stinnes in der Nacht durch WTB verbreiten ließ. Wie für die Privatinteressen dieses Herrn die ganze Finanzkraft der privaten und öffentlichen Banken angespannt wird, so steht ihm offenbar auch der offiziöse Regierungstelegraph zur Verfügung. Dabei weiß allmählich in Deutschland jeder Unterrichtete, was man von offiziellen Mitteilungen des Hauses Stinnes zu halten hat. Die Darstellung des Hugo Stinnes, nach der allein sein Bruder Edmund Stinnes an dem Krach der Firma schuld sein soll, wird genau so richtig sein, wie alle anderen Mitteilungen bisher richtig gewesen sind. Die „B. Z.“ am Mittag schreibt darüber:

„Diese Darstellung muß überraschen, denn nach dem Urteil aller Kenner der Verhältnisse ist es gerade Hugo Stinnes Jr. gewesen, auf den die jehtige Illiquidität der Firma zurückgeführt werden muß.“

Als vor etwa zehn Jahren der junge Hugo in das väterliche Geschäft eintrat, war er zunächst Privatsekretär des Vaters. Er hatte so Gelegenheit, in dessen intimste Pläne und Ansichten eingeweiht zu werden. Dr. Edmund widmete sich damals fast ausschließlich seinen wissenschaftlichen, vor allem medizinischen Reigungen. Als der Vater starb, betraute die Frau Clara Stinnes den jungen Hugo als denjenigen, der allein die genauen Pläne des Vaters kannte, während Edmund sich erst nach dem Tode des Vaters um die Geschäfte zu kümmern begann. So kam es, daß Hugo jun., der seinen Geschäftssitz in Hamburg, wohin er während der Ruhrbesetzung übergesiedelt war, beibehielt, als besonderer Liebling der Mutter schalten und walten konnte, wie er wollte.

In größtem Maße widmete sich Hugo in Hamburg dem Warenhandelsgeschäft. Er tauschte und handelte alles, was er bekommen konnte. Die Folge davon war, daß sich mit der Zeit bei der grundlegenden Umgestaltung der Weltmärkte auf vielen Gebieten Verluste einstellten. Besonders groß wurden diese durch die katastrophale Frank-Entwertung. Hinzu kamen unglückliche Spekulationen in Metall, Wolle, Getreide, Öl und Margarine. Mit immer neuen Krediten und Wechsel-Transaktionen wurde das nötige Geld herangeschafft, bis schließlich zu diesen Ausfällen noch erhebliche Zinslasten kamen, die den Debet-Saldo immer mehr anwachsen ließen. Auch das Hamburgs Schiffahrtsgeschäft gestaltete sich nicht gerade glücklich.

Dr. Edmund scheint rechtzeitig die von Hamburg drohende Gefahr erkannt zu haben und trat schon lange als Warner auf. Dies trug nicht gerade zur Besserung des Verhältnisses der Brüder bei. Auch Dr. Böglert, der zunächst nach dem Testament des Vaters als der Hauptvertrauensmann der Firma Stinnes fungierte, bekam Ende vorigen Jahres erhebliche Differenzen mit dem jungen Hugo und zog sich allmählich fast ganz aus dem Beratungsverhältnis zurück. Er beschränkte sich auf seine Tätigkeit in der Rhein-Elbe-Limon. Es gelang Stinnes deshalb nicht, an den

großen amerikanischen Kredit der Rhein-Elbe-Limon heranzukommen, sondern die dadurch eingebrachten Mittel stießen restlos den Montan-Unternehmungen zu. Neben Böglert zogen sich auch andere, zum Teil intimste Mitarbeiter, zurück. Es war zeitweilig kaum mehr möglich, mit Stinnes zusammenzuarbeiten. Immer neue Pläne tauchten auf, und alle Bedenken der Mitarbeiter wegen Geldbeschaffung usw. wurden abgetan. Die typische Redensart hierbei war: „Ich wünsche.“ Damit wurden alle Gegenargumente aus dem Wind geschlagen.

Aber auch Außenstehende hatten unter dieser Starrköpfigkeit zu leiden. Bezeichnend hierfür war eine der letzten Sitzungen des Rheinisch-Weisfälschen Kohlenstadtkrats, in der Stinnes trotz aller gewichtigen Gegenargumente bei seiner Ansicht blieb, bis einer der führenden Bergherrn, ein bekannter Name, mit der Faust auf den Tisch schlug und ausrief: „Herr Stinnes, Sie werden sich noch ruinieren!“

Die Hamburgs Verluste werden auf etwa 30 bis 50 Millionen geschätzt. Eigenartigerweise bekamen die Banken, die natürlich die Bilanzen des Stinnes-Konzerns, als des größten Kreditnehmers, sich genauestens ansahen, diese Minusposten nie zu sehen. Der Debet-Saldo wurde teils auf Berlin, teils auf andere Konzerngesellschaften mit Hilfe der Stinnes-Majorität abgewälzt. Beglückt waren diese Unternehmungen sicherlich nicht von diesen Daner-Geschenken, aber gegen den mächtigen Stinnes konnten sie nicht aufkommen. So entstand die Illiquidität des Stinnes-Konzerns. Sie hat ihren Ursprung in Hamburg, und vor allem in dem Warengeschäft des jungen Hugo. Hoffentlich hat dieser aus den Vorgängen gelernt.“

Angesichts dieser Verhältnisse muß immer wieder die Frage aufgeworfen werden, woher das Haus Stinnes nach wie vor den Mut nimmt, dauernd der Öffentlichkeit Nachrichten zu unterbreiten, deren Unrichtigkeit auf der Hand liegt. Das Haus Stinnes hat von jeher die Öffentlichkeit und die öffentlichen Interessen als vollkommen gleichgültig gegenüber seinen eigenen Interessen angesehen. Ganz Deutschland war diesen Herrschaften lediglich ein Objekt ihrer privaten Erwerbstätigkeit. Wenn jetzt umgekehrt die Finanzkraft aller öffentlichen Institute angespannt wird, um die Firma Stinnes vor den Folgen verfehlter Spekulationen des jungen Herrn Stinnes zu retten, so wird die Öffentlichkeit volle Aufklärung verlangen können. Die offiziellen Berührungspunkten der interessierten Kreise genügen nicht, dabei wird sich niemand beruhigen. Wir fragen: Was für Verpflichtungen hat die Reichsbank bei der Sanierung des Herrn Stinnes übernommen?

Die süddeutsche Ausgabe der „D. A. Z.“ geht ein. Aus Frankfurt wird gemeldet, daß die Frankfurter Ausgabe der Stinneschen „D. A. Z.“ eingehen wird. Es wurde sechs Redakteuren und einer Anzahl Angestellten gekündigt.

müssen in erster Linie von der rheinischen Bevölkerung gebüßt werden und diese hat keine Lust, Opfer für die unzurechnungsfähige völkische Hege und deutschnationale Parteilagerung zu bringen.

Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie zur Entwarnungsnote, zur Sicherheits- und zur Völkerbundfrage bald un- zweideutig Stellung nimmt und sich lediglich von den Interessen Deutschlands ohne Rücksicht auf die agitatorischen Bedürfnisse der deutschnationalen leiten läßt.“

Chamberlains Zugeständnisse.

Zwei Lesarten.

Paris, 6. Juni. (WTB.) Die letzten Verhandlungen, die zwischen Chamberlain und dem französischen Botschafter geführt wurden, bekräftigen „Matin“ zufolge, die französische Regierung in der Meinung, daß ihre Ansicht über den Sicherheitspakt vollständig verstanden und von dem britischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten angenommen wurde. Die Bürgschaft, die England, Frankreich und Belgien gegen einen künftigen Angriff geben wolle, erstreckte sich auf jeden Angriff, der gegen eines dieser Länder gerichtet sei, nicht nur am Rhein, sondern auch an irgendeinem anderen Punkte ihrer territorialen Befestigungen.

Außerdem sei nach der Ansicht Chamberlains keineswegs die Rede davon, die Rechte zu beschränken, die Frankreich aus Grund der Verträge ausüben könne, wenn ein europäischer Konflikt eine Gefahr für die Sicherheit schaffen sollte. Die Kampagne, die der „Daily Telegraph“ mit einer seltamen Beharrlichkeit fortsetze, entspreche nicht den Erklärungen des Foreign Office.

Gemeinsame Reise Chamberlains und Briands nach Genf.

Paris, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Außenminister Chamberlain wird heute die Reise nach Genf in Paris unterbrechen, um voraussichtlich mit Briand Führung zu nehmen, und es ist wahrscheinlich, daß die beiden Außenminister im Laufe des morgigen Tages die Reise nach Genf gemeinsam machen werden.

Frankreichs Verluste in Marokko. Painslevé teilte der Kammer mit, daß die französischen Verluste in Marokko 318 Tote, 1115 Verwundete und 185 Vermisste betragen. 60 Proz. der Verluste entfielen auf die farbigen Hilfstruppen.

Zu Verhandlungen bereit.

Das Echo der Entwarnungsnote.

Die Haltung der Rechtspresse läßt keinen Zweifel daran, daß die Regierung über die Ausführung der Entwarnungs-forderungen mit der Entente verhandeln will und daß sie zunächst keinen unüberwindlichen Widerstand ihres Anhangs gegen diese Absicht zu befürchten hat.

In der Kritik der Note ist die Rechtspresse zum Teil sehr scharf, sie gibt damit Gefühlen Ausdruck, denen sich niemand verschließt, aber sie hütet sich daraus, Konsequenzen zu ziehen, die den Weg zu Verhandlungen verlegen würden.

Einzig und allein die völlig eingestellte „Deutsche Zeitung“ spricht noch das Wort aus, das in früheren Zeiten bei ähnlichen Anlässen das Schlachtgeschrei der ganzen Rechts-presse gemessen ist, das Wort: „Ablehnen!“ Nur sie ist es, die rund heraus erklärt:

Wir können uns nicht vorstellen, daß eine Verhandlung mit der Entente über diesen oder jenen Punkt überhaupt irgend einen Zweck haben könnte, und meinen, daß im Hinblick auf die allgemeine politische Lage in Europa und der Welt das Richtige ist, glattweg abzulehnen.

Kein anderes Blatt der Rechten in Berlin zeigt die Reigung, sich mit gleicher Unbekümmertheit zu demagogischen Zwecken über die wirklichen deutschen Interessen hinweg-zulegen. Selbst der „Deutschen Tageszeitung“, die gestern noch die von ihr ungelesene Note der Entente „vor die Füße werfen“ wollte, scheint einigermaßen die Befinnung wieder-gekehrt zu sein. Sie bescheidet sich jetzt damit, ihren Stand-punkt dahin zusammenzufassen: o

Ganz abgesehen von der Unerfüllbarkeit aller der Entwarnungs-forderungen, die über Versailles hinausgehen, die unsere Souveränität oder unser Recht auf Selbstbehauptung verletzen, kann sich die Reichsregierung nicht darauf einlassen, daß sie in Fragen, die ohne ihre Mitarbeit und ohne Aufklärung von ihrer Seite untöschbar sind, von neuem einem Diktat unterworfen wird. Sie wird auch vor jeder neuen Forderung erst unbedingt klare Garantien dafür zu fordern haben, daß die Gegenseite ihre Verpflichtungen hält. Vertrauen nach dieser Richtung kann uns nur die längst vertraglich festgelegte Räumung der Kölner Zone geben, die mit der Entwarnung künstlich in Zusammenhang gebracht worden ist. Erfüllung ohne gesichertes Ziel, ohne klaren Zweck der eigenen Opfer, aber kann keine Regierung mehr vom deutschen Volke verlangen.

Das heißt also, die Regierung soll wenigstens zum Teil erfüllen, sie soll sich nur dessen versichern, daß die Gegen-leistung, die Räumung der Kölner Zone, nicht ausbleibt. Nun ist einzuwenden diese Gegenleistung nicht von der Er-füllung eines Teils der gestellten Forderungen sondern des Ganzen abhängig gemacht. Erfüllung ohne Ziel ist, damit hat die „Deutsche Tageszeitung“ recht, sinnlos. Man muß also versuchen, daß Maß der Erfüllungsnotwendigkeiten herabzu-legen, muß aber dann soweit erfüllen, als notwendig ist, um das Ziel der Räumung zu erreichen.

Ähnlich wie die „Deutsche Tageszeitung“ äußert sich auch die „Kreuzzeitung“:

Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung die Note auf ihre Erfüllbarkeit sorgfältig prüft. Aber heute schon kann gesagt werden, daß es unmöglich sein wird, einem Teil der Forderungen nachzukommen. Wenn die Regierung die kritischen Fragen auf dem Wege der Verhandlungen zu regeln bestrebt ist, so wird es schon hier ihrer äußersten Festigkeit bedürfen, auch nur die Möglichkeit solcher Verhandlungen durch-zusetzen. Völlig ausgeschlossen ist es jedenfalls, Forderungen zu akzeptieren, die mit der Ehre und den Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes unvereinbar sind.

Also auch die „Kreuzzeitung“ ist zu Verhandlungen und teilweiser Erfüllung bereit. Ihre Auffassung, daß es schwer sein werde, überhaupt zu Verhandlungen zu kommen, teilen wir indes nicht. Die Note selbst verweist ja die deutsche Regie-rung auf den Weg der Verhandlungen, freilich zu-nächst nur mit der Interalliierten Militärkontrollkommission, die sich allerdings als ausführende Behörde an den Rahmen der Note halten muß. Indes sind schon bei der Ausführung sach-liche Widerungen möglich, wenn der gute Wille dazu vor-handen ist. In einzelnen Fällen wird dann die Kontrollkom-mission voraussichtlich erötigt sein, sich von ihrem Auftraggeber, der Botschafterkonferenz neue Vollmachten zu holen, was freilich ein ziemlich zeitraubendes Verfahren ist. Ob die deutsche Regierung die Absicht hat, mit der Entente eine neue Generaldiskussion über die Note zu eröffnen, steht noch nicht fest, auch dies würde ein äußerst zeitraubendes Verfahren sein.

Wenn die „Kreuzzeitung“ meint, es dürfe nichts getan werden, was den Lebensinteressen und der Ehre des deutschen Volkes widerspreche, so kann dem zugestimmt werden mit dem Hinzufügen, daß nichts den Lebensinteressen und der Ehre des deutschen Volkes mehr widerstreitet als die Fordauer der fremdmilitärischen Besetzung auf unbestimmte Zeit hinaus. Darum widerstreitet den Lebensinter-essen und der Ehre des deutschen Volkes nichts mehr als die Politik der „nationalen“ Ablehnungsgeste, wie sie die „Deutsche Zeitung“ vorschlägt.

Die Ablehnung der Entwarnungsnote ließe sich moralisch und rhetorisch ausgezeichnet begründen. Praktisch würde sie aber auf nichts anderes hinauslaufen, als auf eine Wieder-aufnahme der Versackungspolitik.

Die Reichsregierung ist einzuweisen nicht gemißt, den Weg der Versackungspolitik zu beschreiten. An Versuchen, sie auf ihn zu drängen, wird es freilich nicht fehlen.

Gegen Steuerraub und Zollvorlage.

Eine Massenversammlung in Köln.

Köln, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

An Freitag abend sprach in Köln in einer stark besuchten Volksversammlung Reichstagsabgeordneter Dr. Herz über die neuen Steuer- und Zollpläne der Reichsregierung. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die Kölner Sozialdemokratie. Die mit großem Beifall ausgenommenen Ausführungen des Genossen Herz fanden ihren Niederschlag in der folgenden einstimmigen Entschlieung:

„Die Vorlage der Reichsregierung sieht einen neuen Abbau der Besitzsteuern und die Verschärfung der Massen-belastung vor. Dadurch wird das unerträgliche Steuerunrecht verewigt und der größte Teil aller Staatslasten auf die Schwächsten gewälzt, die der Schouung am meisten bedürfen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands wird gefährdet, seine Finanzgebarung heftig angegriffen und schädlichen Folgen durch das Ausland ausge-übt.“

Nach schlimmere Wirkungen aber muß die Annahme der neuen Zolllastenvorlage haben. Die vorgesehenen Getreidezölle werden die Lebenshaltung der breiten Volksmassen verhängnisvoll erschweren, verteuern zugleich die Produktion, gefährden den Absatz auf dem Weltmarkt und führen zu andauernder Massenarbeitslosigkeit. Die Industriezölle, vor allem die Eisenzölle, erhöhen alle diese Gefahren. Der Kampf gegen die Absicht der Reichsregierung ist ein Kampf für die wahren Interessen des Volkes. Die Versammlung er-wartet deshalb von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, daß sie alle zweckdienlichen Mittel anwenden, um zu verhindern, daß die Interessen des deutschen Volkes einem kleinen Teil von Kapitalisten zuliebe ernstlich gefährdet werden.“

Zur Räumung der Kölner Zone wird folgende Entschlieung angenommen:

„Die Versammlung erhebt gegen die noch immer andauernde Besetzung der ersten Rheinlandzone Einspruch. Sie ist der Ueber-zeugung, daß angesichts der gewaltigen militärischen Ueberlegenheit der Siegerstaaten selbst etwaige geringe Verfehlungen Deutschlands gegenüber den Entwarnungsbestimmungen die Weiterbesetzung der Kölner Zone nicht rechtfertigen würde.“

An die Reichsregierung richtet die Versammlung das Ersuchen, alles zu tun, um der Entente keinen Vorwand für die Fort-dauer der Besetzung zu geben. Rationalistische Ueberspanntheiten

Will man einen Rückfall in die Versackungspolitik vermeiden, dann darf man den ganzen Fragenkomplex der Entwaffnung und Räumung nicht anders auffassen, denn als einen Kampf um die Räumung des besetzten Gebiets. Dieser Kampf muß mit den Mitteln geführt werden, die unter den gegebenen Verhältnissen die zweckmäßigsten sind. Das heißt: wenn die Reichsregierung nur einen Teil der gestellten Forderungen geradewegs erfüllen will, für einen anderen Teil der Forderungen Zurücknahme oder Verringerung anstrebt, so muß sie vor der Welt den Nachweis führen, daß ihr Verlangen nach Räumung auch dann berechtigt bleibt. Es muß ihr gelingen, die Räumung durch einen Druck auf die Weltmeinung zu erzwingen. Würde sie aber aus Angst vor ihrem eigenen Anhang das Ziel ihrer Aktion gefährden und damit auf Umwegen zur Politik der „Deutschen Zeitung“ zurückkehren, so wäre es schade um die Umwege und die wertvolle Kraft.

Fragen des sogenannten Prestiges werden also bei den Erwägungen der Regierung keine ausschlaggebende Rolle spielen dürfen. Rücksichten auf die Gesamtwirtschaft und auf die Interessen der Beamten, Angestellten und Arbeiter sind desto mehr am Platze. Wir halten es für selbstverständlich, daß den abzubauenen Polizeibeamten eine andere mindestens gleichwertige Beschäftigung zugewiesen werden muß. Von den geforderten Umstellungen der Betriebe wird in einem Teil der Presse behauptet, daß sie Kosten in der Höhe von einer Viertelmilliarde Goldmark und große Arbeiterentlassungen verursachen würde. Wie weit solche Behauptungen zutreffen, ist noch nicht zu übersehen, jedenfalls ist es Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß nicht Unschuldige in Not geraten. Zuverlässige, auf vorsichtige Schätzungen aufgebaute Angaben über die Kosten, die die geforderten Umstellungen dem Reich verursachen werden, wird man wohl so bald wie möglich erwarten dürfen.

Zu der geforderten Verringerung in der Stellung des Chefs der Heeresleitung wird mitgeteilt, daß die jetzige Regelung vom August 1920 stammt und damals im Heeresverordnungsblatt veröffentlicht wurde. Gemäß den Versailler Bestimmungen geht das Heeresverordnungsblatt der Militärkontrollkommission in Berlin ständig zu, sie hat diese Verordnung über den Chef der Heeresleitung nicht beanstandet. Als der Reichstag das Wehrgesetz beschlossen hatte, bemängelte General Koller einige Bestimmungen dieses Gesetzes, die er vor der Verabschiedung nicht beanstandet hatte. Das Gesetz wurde darauf vom Reichstag entsprechend abgeändert. Die Beanstandungen Kollers hatten sich jedoch nicht gegen die Bestimmungen über den Chef der Heeresleitung gerichtet.

Beratungen.

Die Entwaffnungsnote ist zunächst den beteiligten Ressorts zur Beratung zugegangen, dann wird das Gesamtkabinett weiter beraten und vermutlich mit der Kontrollkommission in Verhandlungen eintreten.

Der Auswärtige Ausschuh ist von seinem Vorsitzenden, Abg. Hergt, bekanntlich auf Mittwoch einberufen worden. Es scheint aber, daß dies nicht im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt geschehen ist, das gerne etwas mehr Zeit zur Ueberlegung haben möchte.

Die Ministerpräsidenten der Länder kommen in den nächsten Tagen nach Berlin.

Auslandsstimmen zur Entwaffnungsnote.

Pariser Kommentare.

Paris, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das umfangreiche Dokument, das die Note der Vorkonferenz zur Entwaffnungsfrage darstellt, wird von der Pariser Presse nur in kurzen Auszügen veröffentlicht. Die Kommentare dazu sind bisher sehr spärlich. Das

„Echo de Paris“ findet die Aufmachung der Note wenig glücklich, da sie statt die wirklichen Gefahren des reorganisierten deutschen Heeres aufzudecken, sich in einem Wust von Einzelheiten verliere. Der „Figaro“ sieht in der Note einen neuen Beweis für den guten Willen der Alliierten, der vor allem in der Konzilianz des Tones und der Beschränkung der Forderungen auf die Wiedergutmachung der größten Verluste zum Ausdruck komme. Auch der „Quotidien“ findet die Note sehr „vernünftig“. Sie sei von dem aufrichtigen Willen bezeugt, zu einer Verständigung zu gelangen. Das beweise u. a. das Deutschland darin gegebene Versprechen, daß die alliierte Militärkontrolle aufgehoben werden solle, sobald Deutschland die ihm in der Note gemachten Auflagen erfüllt haben werde. Deutschland wisse nunmehr, wie es das Vertrauen Europas wiedergewinnen könne. Der Preis sei gering in Anbetracht dessen, daß es sich um die Konsolidierung eines dauerhaften Friedens handele. Jedenfalls sei es nunmehr Deutschlands Sache, durch Taten zu beweisen, daß es von seinen Feindern geheilt und daß die Welt Hindenburgs, wie dies von deutscher Seite behauptet werde, für Europa keinerlei Anlaß zur Beunruhigung gebe.

Das englische Echo.

London, 6. Juni. (E.P.) Die Zeitungen schreiben über die alliierte Entwaffnungsnote an Deutschland wie folgt: „Daily Telegraph“: Die Räumung Kölns hängt jetzt von dem Entgegenkommen der deutschen Regierung ab. „Times“: Die Note der Alliierten ist geschickt abgefaßt. Sie trägt den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Rechnung, indem sie keine Forderungen stellt, die als unvernünftig oder übertrieben bezeichnet werden könnten. Im Mittelpunkt der internationalen Politik stehe augenblicklich die Einigkeit Englands und Frankreichs in der Entwaffnungsfrage. Es wird für England eine Erlösung sein, Köln räumen zu können, sobald dies ohne Gefahr für Europa möglich sein wird. „Daily Herald“ schreibt: Die Forderungen der Alliierten haben das Verdienst klar und verständlich zu sein. Man kann voraussehen, daß die deutsche Regierung diese Forderungen so viel als möglich erfüllen wird, nur um die Räumung Kölns zu erlangen. „Daily News“: Deutschland bildet gegenwärtig keine Gefahr für Europa. Dadurch, daß Deutschland nicht alle Entwaffnungsklauseln erfüllt hat, hat es Anlaß zu Verdächtigungen gegeben. Wir glauben nicht, daß dieser Verdacht begründet ist. Es ist wohl möglich, daß in Deutschland auch eine Gruppe von Umstürzern vorhanden ist, die an Revanche denken. Jedes Land hat seine Militaristen und warum sollte Deutschland eine Ausnahme von dieser Regel bilden? Tatsache ist aber, daß die Mehrheit der Deutschen für den Frieden und entschlossen ist, jedem Anschein kriegerischen Willens entgegenzutreten.

Die „Rote Fahne“ für Seekt.

Sie fürchtet seinen Rücktritt.

Die Entwaffnungsnote der Entente rührt auch an die Stellung des Chefs der Heeresleitung, des General v. Seekt. Seit langem wird behauptet, daß er sich mit Rücktrittsabsichten trage. Jetzt entsteht ihm ein unvorhersehbarer und unerwarteter Bundesgenosse. Die „Rote Fahne“ läßt sich von einem linksrepublikanischen Offizier einen Schreibbrief zustellen, der ein warmes Plädoyer zugunsten von Seekts darstellt. Wie Ormuzd und Ahirman kämpften nach dieser Zuschrift die östliche und die westliche Orientierung im Reichswehrministerium miteinander. Selbstverständlich ist die östliche Orientierung — des Nationalsozialismus —, für die General v. Seekt eintreten soll, das gute Prinzip, für das zu streiten Pflicht jedes revolutionären Kämpfers und der „Roten Fahne“ ist. Weil v. Seekt ein Befürworter des Krieges gegen Polen gemeinsam mit Russland sein soll, deswegen muß er nach Ansicht der „Roten Fahne“ geschützt werden. Wohin käme auch das „Klassenbewußte Proletariat“, wenn nicht endlich mal wieder ein anständiger Krieg inszeniert wird? Karl Rabeks Prophezeiung, daß die Truppen der Roten Armee an den Ufern des Rheins selbstlos und treu Deutschland gegen den Ententeimperialismus verteidigen würden, ist etwas überholt, aber die Phantasie von dem gemeinsamen Zerbrechen Polens scheint immer noch in den Köpfen gewisser

Leute zu spuken. Die kommunistischen Arbeiter werden sich nicht schlecht wundern, wenn sie sehen, daß ausgerechnet Herr v. Seekt die Sympathien der „Roten Fahne“ genießt.

Aus gut unterrichteter Quelle erfährt die „Rote Fahne“ — und sie weiß es natürlich ganz genau —, daß Severing in Bielefeld erkrankt ist und nicht wieder zurückkehrt. Sie weiß sogar noch mehr! Diese Erkrankung ist eine neue Schiebung der verfluchten Oberböden, die Severing gern los sein wollen, um das letzte Hindernis zur Volksgemeinschaftscoalition, zum Bündnis von Hergt bis Wels zu beseitigen. Die „Vorwärts“-Redaktion ist natürlich mit im Komplott — wer erwartet von ihr etwas anderes. Aber indem die „Rote Fahne“ die graufige Verschwörung aufdeckt, rettet sie großmütig Severing.

Das aber läßt darauf schließen, daß in der Redaktion der „Roten Fahne“ irgendein mit Humor begabter Burche sitzt. Es macht ihm Spaß, seine Leser zu veralbern, und es gelingt ihm vortrefflich.

Liebesgabenpakete.

Aus dem Barmat-Ausschuh des Reichstags.

Der Reichstagsausschuh zur Untersuchung der Kreditangelegenheiten erledigte heute das Kapitel Reichsstellle. Viel Neues bekam man nicht mehr zu hören. Der kommissarisch vernommene Kaufmann Schnell, jetzt in München, früher in Amsterdam, berichtet, daß im Jahre 1923 bis zu seinem Ausscheiden aus der Amsterdamer Firma auf Veranlassung der Firma Amegina an 12 bis 17 Empfänger in Deutschland Liebesgabenpakete in Abständen von vierzehn Tagen bis vier Wochen gesandt worden seien. Er kann sich auf die Namen Wels, Rüche, Helwig, Frau Helwig, Heilmann und Höffe erinnern. Die Pakete hatten einen Wert von 6 bis 10 holländischen Gulden. Sie enthielten Kaffee, Tee, Schokolade, Butter und andere Lebensmittel. Die Verteilung der Auslage machte auf den Ausschuh keinerlei Eindruck. Anscheinend sehen selbst die hartgesottensten Verteidiger für die „Reinigung des öffentlichen Lebens“ in dem Empfang solcher Liebesgaben in der schlimmsten Zeit der Inflation keinerlei Beeinträchtigung staatlicher Interessen.

Der Kaufmann Schwon, der dann vernommen wurde, wiederholt im allgemeinen seine vor dem Preussischen Ausschuh gemachten Aussagen. Bemerkenswert war, daß er heute seine Auffassung nicht mehr aufrechterhalten will, wonach mit Barmat auf Wunsch des Ministers Geschäfte getätigt worden seien. Daß Barmat irgendwie bevorzugt worden sei, könne er ebenfalls behaupten. Er erinnere sich aber, daß 10 000 Aktien aus dem Vortrader Hafen nicht durch die Vermittlung Barmats und der Arbeitervertreter herausgebracht worden seien, sondern durch die Firma de Song, die dazu Streifbrecher gehabt habe. Auf Befragen des Abgeordneten Aufhäuser gibt der Zeuge aber die Möglichkeit zu, daß die Verhandlungen der Arbeiterführer Einfluß auf den Abtransport der Waren gehabt hätten. Nach einer Pause wurde das Kapitel „Demag“ in Angriff genommen. Der erste Zeuge in dieser Sache ist der frühere Reichsanwalt und Reichstagsabgeordnete Gustav Bauer.

Der Zeuge Bauer berichtet über die Gründung der Deutschen Margarine- und Speisefettfabrik L. G. (Demag). Die Grundlage dazu bildete die frühere Armeekonservenfabrik Spandau-Hajelhorst, die auf Vorschlag des Ministerialdirektors Raup industriell verwertet werden sollte, nachdem sie bis zum Sommer 1922 brach gelegen hatte. Es wurde mit der „Brema“, eine Margarinefabrik in Bremen, ein Vertrag abgeschlossen. Das Reich behielt sich den maßgebenden Einfluß auf die neugegründete Gesellschaft vor. Einzelheiten sind von Raup und den Referenten erledigt worden. Daß hinter der „Brema“ und der Schröder-Bank Barmat gestanden habe, wie in einem Teile der Presse behauptet worden ist, sei falsch, ebenso ein Wort davon wahr, daß die Demag über die „Brema“ an Barmat verpfändet worden sei. Als es der Demag später an Kapital zum Einkauf von Rohmaterialien fehlte, habe der Zeuge den ihm seit mehreren Jahren als kapitalkräftigen Mann bekannten Barmat vorgeschlagen; er habe Raup aber darauf hingewiesen, er solle bei den Verhandlungen mit Barmat vorsichtig sein, denn dieser wolle, wie jeder andere Kaufmann, viel verdienen. Barmat habe dann das notwendige Kapital vorgestreckt, zuerst habe er auch den Einkauf des Rohmaterials besorgt, später sei das von der Fabrik selbst geschehen. Auf die Einzelheiten der Heranziehung Barmats zu der Gesellschaft habe der Zeuge keinen Einfluß genommen.

Ein Brief.

Von Henri de Jorje.

(Aus dem Französischen von G. S.)

Gnädige Frau!

Mein Brief wird Sie überraschen, dennoch schreibe ich ihn, wenn ich auch die Worte nicht recht zu sehen weiß.

Es ist wohl unnötig, meinen Namen zu nennen, denn Sie kennen mich gewiß nicht, und wenn Sie mich jemals beachtet haben — aus demselben Grunde vielleicht, weshalb ich Sie beachtete —, haben Sie mich gewiß wieder vergessen, besonders an einem Tage wie dieser, an dem Sie Ihre Hochzeit feiern.

Eine schöne Hochzeit! ... Ich war merkwürdigerweise ohne eigentlichen Grund dabei anwesend. Sie sind eine sehr reiche, ehrbare und distinguierte Dame in der höchsten sozialen Stellung. Ich hingegen stehe ganz tief, ich glaube in der tiefsten Stellung, die überhaupt möglich ist.

Das ist aber weder Ihre noch meine Schuld.

Jeder geht den Weg, nicht wahr, welchen ihm die Notwendigkeit vorschreibt.

Trotzdem gibt es für uns etwas ... etwas Wertwürdiges, wofür wir nicht verantwortlich gemacht werden können und was auch nicht zu bestreiten ist. Wir ähneln einander ... wir ähneln einander in der fröhlichsten Weise.

Ein Zufall führte Sie einmal an mir vorüber. Eine Freundin, welche mit mir war, rief erstaunt aus:

„Dein Ebenbild!“

Sie sind wirklich mein Ebenbild, besser gepflegt natürlich, mit mehr Schlich, wie eben ein Mensch, der alles hat, was er braucht.

Ich verfolgte Sie am erwähnten Tage. Ich wollte sehen, wo Sie wohnen. Wir waren zufallweise aus demselben Viertel.

Von der Zeit an verlor ich Sie nicht mehr aus den Augen. ... Es war eine Dummheit meinerseits, da wir doch nichts Gemeinliches haben konnten. Aber gerade das veranlaßte mich, Ihnen zu folgen.

Ich fragte die Leute nach Ihnen aus und erfuhr das, was ich über Ihr Leben und Ihren Namen erfahren wollte; Sie interessierten mich, die ich die große Welt nicht interessierte. Es schloß nicht viel, und ich hätte Sie angesprochen. Dst dachte ich daran. Doch wagte ich es nicht. Wozu auch? Was hätten wir einander zu sagen? Sie konnten am Ende glauben, daß ich von Ihnen etwas haben will.

Oft, mürrisch oft habe ich den Unterschied unserer beiden Schicksale verglichen, wo wir einander äußerlich doch so sehr ähnelten.

In manchen Augenblicken war ich ganz empört. Gerade wegen dieses Unterschiedes. Ich habe Sie sogar an dem Abend, an dem ich Sie ganz verlor, ganz selig in den Wagen steigen sah, verwünscht. Sie gingen bestimmt zu einem Ball, während ich ...

Darauf erfuhr ich, daß Sie heiraten werden ... Das gab mir einen Stich ... nicht vor Reid. Er führt ja zu nichts — der Reid. Ich zog Erkundigungen ein. Die Leute sagten zu mir:

„Es ist merkwürdig, wie ähnlich Sie ihr sehen!“ Und ich wohnte dem Hochzeitstrudel bei, ohne daß Sie es ahnten.

Ich habe alles mit angesehen: Ihr Bestehen des Bogens, Ihre Ankunft in der Kirche. Ich hatte mich hinter einen Pfeiler versteckt und beobachtete jede Ihrer leisesten Gesichtszüge. Was machten Sie nur für einen glücklichen Eindruck!

Während des Urzuges sah ich Sie noch durch die offene Tür mit strahlenden Augen von den Leuten beglückwünscht. ... Natürlich bin ich nicht an Ihnen vorbeigegangen. Ich hatte ja keinen Grund dazu und dann war ich zu einfach angezogen.

Der Kirchendiener, der mich bemerkt hat, hielt mich gewiß für eine Arbeiterin, welche sich die Kleider ansehen kam.

Ich kam nicht der Kleider wegen! Ich kam wegen des gewaltigen Einbruchs, den dieses schreckliche Schauspiel auf mich machte!

Ja, schrecklich! Das ganze Glück von Ihnen, die meine Jüge hat, die mir so sehr ähneln, kam mir als etwas ganz Unmögliches vor. Etwas, was mir niemals beschieden sein wird und was doch hätte sein können, wenn ich dasselbe wie Sie besäße.

Sehen Sie, das sage ich Ihnen! ... Ich bin vielleicht im Unrecht. Sie verlassen zweifellos unser Viertel und wir sehen einander wohl niemals wieder.

Jetzt, wo Sie Frau sind, verstehen Sie das alles gewiß besser, was ich Ihnen in diesem ungeschickten zusammengestellten Briefe sagen will.

Ich begrüße Sie als Marie I.

Ich lege diesem Briefe ein paar Beilichen bei ... Ganz bescheidene Beilichen ...

Der alte und der neue Regen.

Der alte Regen ist jedem von uns bekannt. Seit Jahrtausenden regnet er seine ihm gegebene Aufgabe als Segenspender und Ernährer der Pflanzenwelt getreulich und gewissenhaft zu erfüllen. Auch seine Quantitätsunterschiede, als da sind: Platzregen, linder Tropfen, fließendes Prasseln und sanftes Nieseln haben wir schon in der Schule als notwendigen Bestandteil der Dichtkunst kennengelernt.

Der Regen ist notwendig, fördernd und nützlich, weil die Landwirtschaft ihn nötig hat. Auch dagegen, daß ein Dichter ihn als Hintergrund für eine rührende Abschiedsszene, ein eheliches Gewitter oder eine graue Ode Seelenstimmung braucht, wird man kaum etwas einwenden können.

Aber er kann auch unangenehm wirken, so bei Ausflügen, heißen Kleidern und Panamahüten. Dann ist er eine Quasi für Gastwirte und eine Quelle der Freude für Modesteller und Strohhutfabriken.

All diese unangenehmen oder angenehmen Begleiterscheinungen hat der neue Regen nicht. Ganz im Gegensatz zum alten, der meistens unerwartet und unerwünscht, nie aber zur richtigen Zeit kam oder aufhörte, hat der neue die herrliche Eigenschaft, seine Tätigkeit nur dann zu entfalten, wenn die Menschen es wollen. Der neue Regen wird nämlich von den Menschen selbst hergestellt.

Petrus hat eine ganz gefährliche Konkurrenz erhalten.

Zwei amerikanische Meteorologen, Bancroft und Francis Warren, sind nämlich hinter das Geheimnis des Petrus gekommen, sie haben nach mühseligen Forschungen das künstliche Regenmachen gelernt. Sie sind im Flugzeug aufgestiegen, haben mehrere Zentner positiv elektrischer Sandkörner mitgenommen und sie den negativ geladenen winzigen kugelförmigen Wasserbläschen, die dank der heißen Sonnenstrahlen immer in der Luft herumwirbeln, an den Kopf geworfen. Man kann sich denken, was für ein Durcheinander, was für eine Revolte eingeleitet hat. Es haben sich Wälzchen und Wolken gebildet. In diese künstlich herorgezauberten Wolken ist von den Gelehrten abermals Sand, der mit 60 000 Volt geladen war, geworfen worden, und dann hat es geredelt, geregnet, ja gegossen. Wie der Korrespondent weiter berichtet, sollen auch kleine Blüthen und Dönerchen mit unterfallen sein.

Die Versuche, die übrigens ernsthaft begonnen wurden und unter Teilnahme weitester Kreise fortgeführt werden, sind überaus erfolgreich. Leute, die das Gras wachsen hören, knüpfen an die Experimente die Hoffnung, daß die Menschheit nunmehr selbst das Wetter bestimmt. Diese Sache hat einen kleinen Haken. Wie will zum Beispiel der Besitzer des Etablissements „Zum ewigen Sonnenschein“ den Bauer überzeugen, daß es nur im Winter regnen darf, und dann auch nur des Morgens. Kann man es dem Landwirt übernehmen, wenn er bei langanhaltender Dürre sein Flugzeug aussteigen läßt und Regen herorzubereit? Es ist doch wohl besser, wir bleiben beim alten System, es sei denn, daß Petrus gar kein Einsehen hat.

Das Bauhaus in Dessau. Bei der Neuorganisation des Bauhauses in Dessau wurde Walter Gropius mit der Oberleitung der dortigen städtischen Maschinenbauschule, Bau- und Handwerkerschule betraut, die etwa 1000 Schüler hat. Er gliedert ihr die Organisation des Bauhauses in ähnlicher Form, wie es bisher in Weimar bestand, als hochschulartiges Oberbau an. Die gesamte Neuorganisation unter dem Namen „Das Bauhaus in Dessau“ wird allmählich innerhalb des ersten Etatsjahres vorgenommen werden. Die bestehenden Fachschulen bilden den Unterbau. Der hochschulartige Oberbau dient der Durchbildung besonders begabter und gleichzeitig systematischer Berufschüler und Rodellarbeiter für Handwerk und Industrie. Die Stadt Dessau hat dem neuen Unternehmen mit Unterstützung des Staates Anhalt in großzügiger Weise Mittel zur Verfügung gestellt. Außerdem werden sogleich nach Plänen von Gropius ein neues Institut und eine Wohnhauskolonie für die Meister errichtet.

Pierre Coups, der Dichter der „Aphrodite“, ist in Paris gestorben — mit seinen 67 Jahren bereits halb vergessen. Mit seinem Roman „Aphrodite“, der die freie Sinnlichkeit der antiken Welt verherrlichte, hatte er Welttriumm erreicht. Aber verschollen ist die Sammlung, die er unter dem Namen „Der Lieber der Bilitis“, angebliche Uebersetzungen aus dem Griechischen, in die Literatur einschmuggelte, entzückende Liebes- und vibrierende Stimmungsbilder aus dem griechischen Liebesleben, die mehr griechischen Geist enthalten als die meisten der echten aber plumpen Uebersetzungen.

Erkennungen der Woche. Sonntag: Staatsoper: „Stravinsky“. Abend. — Montag (13.): Bolshoihne: „Bieda“.

„Reichsbanner Kollet.“ Eine Beleidigung.

Anlässlich der Verfassungsfeier zu Würzburg am 10. August 1924, an der Tausende von republikanisch Gesinnten und Reichsbannerkameraden teilnahmen, brachte die inzwischen eingegangene deutschnationale „Fränkische Landeszeitung“ einen „Würzburger Truthahn“ überschriebenen Artikel, der in Ton und Tendenz die unverkennbare Absicht verriet, die Angehörigen des Reichsbanners und auch die übrigen Teilnehmer der Feier zu beleidigen und verächtlich zu machen. Ausdrücke wie „Traiditiondemokratische Bestimmung“, „Halb-Markel-Windjakensorganisation“, „Schwarzrot-goldener Papphut“ und „Brigade Kollet“ zeigen dies zur Genüge an. Vier Reichsbannerkameraden, die im Felde mit Auszeichnung ihre Pflicht getan, ließen sich diese Anpöbelungen nicht gefallen und stellten gegen den damals verantwortlichen Schriftleiter Stemmer Klage beim Würzburger Amtsgericht. Vor dem Verhandlungsbeginn wurden unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Mantel Vergleichsverhandlungen geführt, die nach Annahme der sehr mäßigen Forderungen der Kläger durch den Beklagtenvertreter, der zugleich Geschäftsführer der Deutschnationalen Würzburgs ist, einen sehr umfangreichen Prozeß, dessen ungünstiger Ausgang für den Beklagten kaum zweifelhaft sein konnte, von vornherein abschneiden. Der gerichtliche abgeschlossene Vergleich lautet:

1. Der Privatbelleagte Stemmer erklärt, daß er bedauert, in bezug auf die Teilnehmer an der Verfassungsfeier der republikanischen Verbände vom 10. August 1924 die unzutreffende Bezeichnung „Brigade Kollet“ gebraucht zu haben.

2. Stemmer übernimmt die gesamten Kosten des Verfahrens einschließlich einer Vergleichsgebühr in Höhe der geschätzten Verhandlungsgebühr.

3. Privatklage und Strafantrag werden zurückgezogen. Den Vergleich unterzeichneten für die Kläger R. A. Strauß, Kreisleiter des Reichsbanners Unterfranken und R. A. Stegherr, Geschäftsführer des Deutschnationalen Kreisverbandes für Unterfranken.

Jugendwohlfahrt in Preußen.

Aus den Beratungen des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages behandelte am Freitag im Verlauf der Beratung des Etats des Wohlfahrtsministeriums die Fragen der Jugendpflege. Gerade bei diesem für die Zukunft eines gesunden Nachwuchses so überaus wichtigen Kapitel fehlt es noch immer an der Bereitstellung genügender Mittel. Wohl hat sich seit dem Jahre 1919 manches gebessert und die Dinge liegen hier nicht mehr ganz so im Argen wie vor dem Krieg, wo im Etat des Innern überhaupt nur 10 000 M. für Wohlfahrtspflege eingeplant wurden. Allein es bleibt noch immer unendlich viel zu tun, und die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb in verschiedenen Anträgen eine bessere Finanzierung der Jugendpflege gefordert, vor allem für die Unterbringung gesundheitlich gefährdeter Kinder auf dem Lande oder in Kinderheimen.

Genossin Ege verwies auf die durch die neue Helmarbeiterausstellung abermals festgestellte Schädigung der Jugendlichen durch frühzeitige Heranziehung zur Arbeit. Vom Jugendamt Berlin wurden 1163 gewerblich tätige Kinder festgestellt und zwar im Alter von 6—10 Jahren 19 Proz., von 10—12 Jahren 31 Proz., und von 12—14 Jahren 50 Proz. Um den großen Prozentsatz der beteiligten und gewerbetreibenden Kinder herabzumindern, müsse bei dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in § 3 Absatz 4 und 5 die Kenn- in eine Raubschneise umgewandelt werden. Bei der Frage der Erholungsstätte wies Genossin Ege auf das vorbildliche Volkssanatorium Weismünster hin, das mit seinen 1500 Kindern, die aus allen Städten Deutschlands kommen, als ein herrliches Kinderdorf angesehen werden könne. Die Erholungsstätte der Kinder müsse von 6 Wochen auf 3 Monate verlängert werden. — Genossin Christmann begrüßte, daß durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in der Fürsorgeerziehung eine bedeutende Besserung eingetreten ist. Besonders bemerkenswert sei, daß bei der Durchführung der Fürsorge jetzt die Polizei ausgeschaltet bleibe. Der Minister müsse vor allem den Privatanstalten seine besondere Aufmerksamkeit schenken, da dort noch immer eine ganze Menge Rückstände herrschen. Für bessere Auswähl- und Ausbildung der Erzieher müsse an allen Anstalten durch sozialpädagogische Kurse gesorgt werden. Hierzu liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, desgleichen für die Berufsausbildung der Fürsorgezöglinge nach den Grundsätzen der Berufsberatung.

Die vielen Mißstände, die sich bei der Durchführung des Hebammenengesetzes eingestellt haben, gaben bei den Beratungen im Hauptausschuss unseren Genossen auch Veranlassung, einmal über die Notwendigkeit der Änderung des Hebammengesetzes ein deutliches Wort zu sprechen. Genossin Ege wies auf die ungeheure Zunahme der Kindsterblichkeitsfälle hin. Darumhin wurde ein gemeinsamer Antrag angenommen, der das Ministerium beauftragt, einen Entwurf zur Änderung des Hebammengesetzes vorzulegen.

Ein neuer Tschekaprozeß.

Der Mord an Arbeiter Jonas.

Leipzig, 5. Juni. (W.B.) Vor dem Norddeutschen Senat des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik begann heute unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Heppner der sogenannte zweite Tscheka-Prozeß, durch den der Mord an dem Arbeiter Jonas in Hagenow (Mecklenburg) am 14. April 1924 seine Sühne finden soll.

Angeklagt sind der Tischlergeselle Karl Winkel aus Niederlehme, der Arbeiter Erich Schmidt aus Neubrandenburg, der Dachdeckergehilfe Johann Warnke aus Güstrow und der Schriftsteller Walter Zeutschel aus Hamburg. Schmidt gehörte dem Mecklenburg-Strelitzer, Warnke dem Mecklenburg-Schweriner Landtage als kommunistischer Abgeordneter an. Zeutschel ist des vorfälligen Mordes an Jonas angeklagt, Winkel der Beihilfe und Warnke der Begünstigung. Sämtlichen Angeklagten wird Vorbereitung zum Hochverrat und Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Verbindung vorgeworfen, den Angeklagten Schmidt, Warnke und Zeutschel Sprengstoffkomplott, den beiden letztgenannten auch unbefugter Waffensbesitz. Die Verteidigung führen die aus dem ersten Tscheka-Prozeß bekannten Rechtsanwälte Dr. Herzfeld, Berlin und Dr. Wolf, Düsseldorf. 71 Zeugen sind geladen, darunter die Witwe des ermordeten Jonas, die Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Vogt, Berlin und Landgerichtsdirektor Jürgens, Stargard (Pommern), ferner Regierungsrat Biggers, Schwerin und der in Untersuchungshaft befindliche Lokomotivführer a. D. Bögenhardt, der seinerzeit im Gebäude der russischen Handelsmission Zuflucht gesucht und dadurch den Konflikt mit der Mission veranlaßt hatte, weiter der Strafgefangene Ernst Schinkel, der im mecklenburgischen Partisanenprozeß eine große Rolle gespielt hat. Unter den Sachverständigen befinden sich die im ersten Tscheka-Prozeß hervorgetretenen Gerichtsärzte Dr. Schütz, Leipzig und Dr. Thiele, Berlin, der auch aus der Hölle-Angelegenheit bekannt ist.

Die Verhandlung wird voraussichtlich vierzehn Tage in Anspruch nehmen, da auch von der Verteidigung umfangreiche Beweisanträge gestellt worden sind und eine Reihe von Zeugen geladen werden.

Nicht der ehle Bela Kun, sondern ein junger portugiesischer Kommunist, der sich dieses Pseudonym angeeignet hatte, ist in Lissabon verhaftet und deportiert worden. So berichtet es ein Havas-Telegramm aus Lissabon.

Das Wohnungswesen der Stadt Berlin

Richtlinien für ein Wohnungsbauprogramm.

In der kommunalen Konferenz von Sozialdemokratischen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Magistratskollegiums, der Bezirksverordnetenversammlungen und der Bezirksämter und von Obleuten unserer kommunalen Kommissionen sprach Dr.-Ing. Wagner, Geschäftsführer der Deutschen Wohnungsfürsorge A.-G., über das Wohnungswesen der Stadt Berlin.

Er wolle, so führte der Redner aus, nicht die Wohnungspolitik der Stadt Berlin herangehen, sondern einen Standpunkt finden, der uns im Wohnungswesen eine aktive Politik erlaubt. Im Gegensatz zu der vielstündigen Mietkaferne, die wir dem profitierenden Privatkapital zu danken haben, seien Form und Inhalt einer neuen Wohnungskultur zu schaffen. Man könne es nicht verantworten, daß in Berlin zu den vier Millionen Menschen noch weitere vier Millionen durch die bisherige Bau- und Wohnweise untergebracht werden, wie die geltende Bauordnung es vorsieht. Wagner forderte das Einfamilienhaus mit Garten, wobei zur Verhinderung von Spekulation ein Privatbesitz höchstens in gebundener Form (Erbbau) zugelassen sei. Gegenüber der großstädtischen Mietkaferne, die an der Volkstrost und dem Volkvermögen zehrt, sei das Einfamilienhaus tatsächlich auch wirtschaftlicher. Die Großstadt müsse aufgelöst werden durch einen Kranz von Gartenstädten, die an strahlenförmig von ihr ausgehenden Verkehrsachsen liegen. Das sei auch für Berlin möglich, das in 1924 rund 7000 Wohnungen für 28 000 Menschen finanziert habe und in 1925 rund 10 000 Wohnungen für 40 000 Menschen finanzieren wolle, womit ein paar Gartenstädte sich füllen ließen. Auf dem Gelände des Rittergutes Brieg möge man hiermit einen Anfang machen, aber schon sei wieder für zwei Drittel die Belegung mit dreistöckigen Miethäusern vorgesehen. Die Schuld an solchen

Fehlern der Berliner Wohnungspolitik

sei bei dem Städtebaudirektor Glari zu suchen. Zur Verbilligung des Einfamilienhauses forderte der Redner die Pflage des Lopenkaues und eine Herabdrückung der Baustoffpreise durch eine von der Stadt zu schaffende Baustoffgesellschaft, wie Wien sie hat. Bei

der Finanzierung der Bauten habe Berlin bisher die Hochbauten in unerträglicher Weise bevorzugt; drei Viertel der in 1924 finanzierten Wohnungen liegen in Hochbauten und nur ein Viertel in Flachbauten. Die Erträge der Hauszinssteuer könnten in den Händen der Stadt eine Macht sein, aber die Stadt wisse von ihr nicht den rechten Gebrauch zu machen, wie auch bei dem Wohnungsbau der Straßenbahngesellschaft der an Haberland gegebene Bauauftrag gezeigt habe. Solche Mittel seien zu verwenden zur Minderung der im Einfamilienhaus möglichen Wohnungen von mindestens drei Zimmern, nicht der kulturwidrigen Wohnungen von zwei Zimmern oder nur einem Zimmer. Auch bei der Hergabe von Hypotheken aus Mitteln der Landesversicherungsanstalten und der Krankenkassen seien die hier dargelegten Gesichtspunkte nicht außer acht zu lassen, die Ermöglichung von Einfamilienhäusern, die Schaffung ganzer Gartenstädte, die Auflösung der Großstadt. Wagner verlangt aktiveres Vorgehen und erwartet es von einer Zusammenfassung aller Kräfte, von enger Fühlung der Gewerkschaften und auch der Partei mit den gemeinwirtschaftlich geinnten Körperschaften, den Bauingenieurwissenschaften usw. Er schlug vor, daß ein Ausschuss aus den am Wohnungswesen interessierten Persönlichkeiten der Gewerkschaften, der Partei, der Genossenschaften usw. im Sinne seiner Ausführungen feste Richtlinien für ein Wohnungsbauprogramm aufstellen solle.

In der Diskussion

sprach unter anderem Stadtrat Genosse Wulff. Auch er sehe das Einfamilienhaus als idealste Wohnform an, aber nach den Bestimmungen über die Hauszinssteuererträge habe die Stadt nicht das Recht, die Finanzierung von Hochbauten abzulehnen. Unter allen Rednern bestand Übereinstimmung darüber, daß zur Lösung des Wohnungsproblems mehr Aktivität nötig ist. Der Versammlungsleiter Genosse Krüke schloß zusammenfassend mit der Feststellung, daß auch Wagners Vorschlag einer engen Fühlungnahme zwischen Partei, Gewerkschaften, Bauingenieurwissenschaften usw. die allgemeine Zustimmung habe. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Das Millionengeschäft für den Extronprinzen.

„Moralische“ Erwägungen.

Die preussischen Städte hatten bekanntlich seinerzeit dem Extronprinzen anlässlich seiner Eheschließung die Schenkung eines silbernen Tafelgeschmucks versprochen. Infolge des Krieges kam die Schenkung nicht zur Vollziehung und so lagern die kostbaren Gegenstände, die einen Millionenwert repräsentieren, noch wohlverpackt in den Tresors der Reichsbank. Nachdem der Extronprinz wegen Auslieferung dieser Kunstwerke jüngst an den Vorstand des Preussischen Städtetages herangetreten war, hatte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion den Antrag gestellt, daß die Auslieferung des Tafelgeschmucks zu unterbleiben habe und daß er entsprechend seinem hohen künstlerischen Werte in einem Museum zur öffentlichen Ausstellung gelangen solle. Die Stadtverordnetenversammlung hatte diesen Antrag an einen Ausschuss verwiesen, der sich unter dem Vorsitz des Demokraten Dove mit der Angelegenheit befaßte. Genosse Dr. Weinberg legte dort eingehend dar, daß juristisch eine Verpflichtung zur Auslieferung an den Extronprinzen nicht bestehe, da das Schenkungsversprechen nicht in der vom Gesetz vorgeschriebenen gerichtlichen oder notariellen Form beurkundet sei, und daß die Auslieferung des Tafelgeschmucks geradezu eine neue Millionenschenkungen an die Hohenzollern darstelle. Er betonte ferner, daß es vom moralischen Standpunkte aus geradezu unverantwortlich sei, wenn die preussischen Städte, die nicht in der Lage seien, den Einlegen bei ihren Sparkassen und ihren Anleihengebälde in die in gutem Geld bezahlten Beiträge zurückzahlen, dem reichen Schloßherrn von Dels eine derartige Schenkung machen. Die bürgerlichen Parteien erklärten sich in geschlossenem Front gegen diesen Antrag. Da ihnen die Schwäche der juristischen Position des Extronprinzen sicherlich nicht verborgen blieb, begründeten sie ihren Standpunkt im wesentlichen mit angeblich moralischen Erwägungen, die es unmöglich machten, ein einmal gegebenes Versprechen nicht zu erfüllen. Einen Schlußfolgerung leitete sich der Kommunist Venus, indem er sich zwar gegen die Auslieferung des Tafelgeschmucks wandte, jedoch allen Ernstes seine Einschmelzung und die Verteilung des Erlöses an die Bedürftigen verlangte. Mit Recht wies demgegenüber Genosse Flatau darauf hin, daß der Hauptwert des Silbergeschmucks nicht in dem Material, sondern in der herorragenden künstlerischen Gestaltung liege, durch welche ein Meisterwerk des Kunsthandwerks entstanden sei, wie es seit Jahrhunderten kaum geschaffen ist. — Oberbürgermeister Böß, der als Vorsitzender des von den preussischen Städten zu diesem Zwecke eingesetzten Ausschusses maßgebenden Einfluß in dieser Angelegenheit besitzt, erklärte, daß er sich noch kein endgültiges Urteil gebildet habe und die Entscheidung dem Komitee überlassen werde, das voraussichtlich zunächst juristische Gutachten erfordern werde. Der Ausschuss kam nach längerer Debatte zur Ablehnung unseres Antrages mit allen bürgerlichen Stimmen.

Die Bevölkerung Berlins wird bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen Gelegenheit haben, ein Urteil darüber abzugeben, ob sie damit einverstanden ist, daß den Hohenzollern ein neues Millionengeschäft auf Kosten der noleidenden Städte nachgeworfen wird.

Die „Zigeunerlager“ am Möllensee.

Einer der schönsten märkischen Seen ist der Möllensee hinter Alt-Buchhorst. Von wundervollen bewaldeten Höhen umgeben, blieb er von der Landhausbebauung bisher verschont. Zahlreiche kleine Buchten und gute Freibadestellen machen ihn für den Wassersport und andere Erholungsarten wie geschaffen. In zu umgeben, braucht man volle zwei Stunden. Diese Schönheit des Sees hat auf seinen Höhen, wo lichte Stellen sind, mehrere Lager von ungefähr 150 Zelten entstehen lassen. Hier haufen die Zeltbewohner, die fast alle auch ein Ruder- oder Segelboot bei sich haben, haßnackt wochenlang, lassen sich auch von einem tüchtigen Landregen nicht vertreiben und sind schon jetzt braun wie die Kubier. Man lacht und wälzt wie zu Hause, spielt, singt und tanzt, amüsiert sich den halben Tag in und auf dem Wasser, lebt ohne Ausschreitungen in guter Eintracht. Wer sich der Ordnung nicht anpassen will, wird ausgefordert, baldigt zu verschwinden. Sogar Antennen sieht man auf den Zelten. Das ist an schönen Tagen die beste und billigste Sommerwohnung. Einige Schwierigkeiten macht immer nur die Verforgung mit Trinkt- und Kochwasser, das von weither in mitgeführten großen Korbfässchen mittels Bootes herbeigeschafft und auf die einzelnen Zelte verteilt wird. Natürlich muß jeder Zeltbewohner einen von der Forstverwaltung für geringe Gebühr ausgestellten Zeltausweis haben. Die Landjäger und Revierförster lassen sich ohne übermäßige Kontrolle häufiger blicken und achten auch scharf darauf, daß zur Verhütung von Waldbränden nicht an ungeeigneten Stellen gelagert wird.

Wem gehört die Notgeldsammlung?

Vor einigen Tagen wurde auf der amtlichen Gebäudewahrsamstelle in Lindau a. Bodensee, ein Paket geöffnet, das seit drei Monaten dort lagerte und nicht abgeholt worden war. Es enthielt drei Alben mit einer vollständigen Notgeldsammlung sämtlicher nord- und süddeutscher Städte. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Sammlung, die wegen ihrer Vollständigkeit

einen bedeutenden Liebhaberwert hat, aus Berlin stammt. Die Alben haben einen rotbraunen Pappeckel und sind 40x25 cm groß. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sammlung in Berlin gestohlen worden ist. Der rechtmäßige Besitzer kann sich bei Kriminalkommissar Büniger, im Zimmer 89 des Polizeipräsidiums, Berlin, melden.

Der Deutsche Rundflug.

35 Flieger zur 4. Schleife gestartet.

Unter Berücksichtigung des herrlichen Wetters und des glatten Verlaufs des Startes von 35 Maschinen zur 4. Schleife des Deutschen Rundfluges war das Bild, das das Tempelhofer Feld heute in den frühen Morgenstunden bot, zweifellos das schönste, das bisher während des großen Wettbewerbs zu verzeichnen war. Das gute Wetter hatte ein zahlreiches Publikum angelockt, am Startplatz sah man außer den sonst anwesenden Interessenten den gestern auf dem Luftwege in Berlin eingetroffenen Sachverständigen für Luftverkehr im Englischen Luftfahrtministerium, General Edwards, der in Begleitung des Oberregierungsrats Geper vom Reichsverkehrsministerium mit Interesse den Abflug verfolgte und zahlreiche Maschinen sowie die Anlagen des Flughafens in Augenschein nahm. Um 4 Uhr früh wurde der Start für die 4. Schleife, die über Raumburg, Nürnberg, Augsburg nach München und von dort über Hof und Weizsig wieder nach Berlin führt, freigegeben, und bereits um 4 Uhr 7 Min. begann der Abflug aller am Startplatz versammelten 35 Maschinen.

Außer diesen 35 Startern von Berlin aus, sind 4 Maschinen von der 3. in die 4. Schleife eingebogen, nämlich der kleine „Mohamed“, 611, der von Halle nach Raumburg geflogen ist, ferner 623 Vörger aus dem zweimotorigen Daimler, 641 Kart-Eindecker und 668 L. F. G.-Eindecker, sodas zurzeit 39 Maschinen auf der 4. Schleife befinden. Von diesen traf 639 Bäume auf Bäume-Eindecker, der bisher vom Glück nicht sonderlich begünstigt war, bereits um 9 Uhr in München ein, nach einer Flugzeit von 4 Std. 20 Min. Nach Ablauf der vorgeschriebenen Wartezeit startete Bäume dann von München nach Hof, jedoch er, falls sein Weiterflug glatt verläuft, mit seinem „Saulwind“ bereits in den ersten Nachmittagsstunden in Berlin zurück erwartet werden kann. Nach den bis 12 Uhr mittags vorliegenden Meldungen, war von den heute früh zur 4. Schleife gestarteten Maschinen 667 (L. F. G.) kurz nach 8 Uhr in Raumburg gelandet. In Augsburg landete um 10 Uhr 44 Min. 665 (Zander auf Heinkel) und 651 (v. Köppen auf Albatros), während 663, eine Heinkelmaschine, die Stadt in Richtung auf München überflog. In München landete außer dem bereits gemeldeten Bäume-Eindecker, auch die Udet-Maschine 660 um 9 Uhr 21 Min.

Das Borrundenpiel um die Arbeitersfußballmeisterschaft am Sonntag, den 7. Juni, findet schon um 14 Uhr statt. Die Bremerhadener Mannschaft trifft Sonnabend nachmittag 1 Uhr 40 auf dem Lehrter Bahnhof ein. Alle Sportgenossen, die Zeit haben, werden gebeten, zum Empfang der Bremer auf dem Bahnhof zu sein. Das Endspiel findet nicht, wie berichtet, in Frankfurt, sondern entweder in Nürnberg oder in Dresden statt, je nachdem, wer am Sonntag in Nürnberg gewinnt. Alles Nähere in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“.

Gedächtnisfeier für den erschossenen Reichsbannerkameraden Erich Schulz. Das Reichsbanner Kreuzberg veranstaltet am Dienstag, den 9. Juni, in der Bodstrauerstr. 15, eine Gedächtnisfeier für seinen am Vortage der Präsidentenwahl von Hakenkreuzern erschossenen Kameraden Erich Schulz. — Das Typographia-Doppelquartett leitet die Feier ein, Viktor Kleier hält die Gedächtnisrede. — Sodann wird eine neue dramatische Dichtung „Die Freischär“ von Georg Falkenheim zum ersten Male aufgeführt, die dem Andenken der gefallenen deutschen Freiheitskämpfer gewidmet ist. Die Dichtung behandelt die Anfänge der deutschen Freiheitsbewegung. Die Darstellung liegt ausschließlich in den Händen von Angehörigen der Reichsbannertruppe Kreuzberg. — Die Veranstaltung beginnt um 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Genosse Horrer Dieter spricht Sonntag, den 7. Juni, abends 6 Uhr, in der Leninstraße, Charlottenburg, Karl-August-Platz, über das Thema: „Die Bedeutung der Kirche“. Parteigenossen, Parteigenossinnen erscheinen zahlreich!

Meuterei im Hamburger Zentralgefängnis.

Hamburg, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Hamburger Zentralgefängnis Fuhlsbüttel kam es am Freitag zu einer Meuterei von Schwerverbrechern, die auf einem Spaziergang zwei Gefängnisbeamte überfielen, sie niederschossen und ihrer Waffen beraubten. Die Verbrecher versuchten darauf, andere Beamte zu überwältigen und kamen über eine Mauer, wo Sicherheitsbeamte Posten standen. Auf einen Sicherheitsbeamten wurden Schüsse abgegeben, worauf dieser das Feuer erwiderte und zwei der Verbrecher, den wegen Mordes zum Tode verurteilten und zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Kroll und einen anderen mit 12 Jahren Zuchthaus bestrafte Verbrecher Eichmann niederschoss und den Doppelmörder Bartlowitz schwer verletzte. Die weiter an der Meuterei beteiligten 14 Schwerverbrecher wurden dann von herbeigeeilten Beamten überwältigt und in ihre Zellen zurückgebracht.

